

50+



CDU KREIS VIERSEN

Rot-Grün: Kuschelverordnung für Schweine

Rot-Grün kümmert sich wenig um die Landwirtschaft. In ihrer größten Krise gingen SPD und Grüne auf Tauchstation. Verbraucher und Landwirte, aufeinander angewiesen, sollten gegeneinander ausgespielt werden. Landwirte und Ökobauern wurden in gut und böse unterteilt. „Streicheleinheiten“ gibt es umso mehr für die Schweine. In einem „Kuscheler-

lass“ hat die nordrhein-westfälische Landesregierung vorgeschrieben, dass der Landwirt oder eine zu benennende Betreuungsperson täglich 20 Sekunden „Kuschelzeit“ je Mastschwein und Tag aufzubringen hat. Dabei müsse auch für Sichtkontakt gesorgt werden. Jeder Mensch, aber auch jedes Schwein, habe das Recht, „beschäftigt“ und „ange-

sehen“ zu werden, so Umweltministerin Bärbel Höhn. Bezeichnend, dass die gleiche Ministerin dem Dialog mit den Bäuerinnen der Kreise Viersen und Heinsberg seit Monaten ausweicht. Die vorgeschriebenen 20 Sekunden „Sichtkontakt“ zwischen Landwirt und Schwein sind nach dem rot-grünen Erlass in morgens und abends aufzu-

teilen. Die Betreuungspersonen sind im Genehmigungsantrag zu benennen. Eine Ausbildung oder ein pfarramtliches Führungszeugnis werden nicht erwartet. Zu dem Kuschelkontakt und dem gemeinsamen „in-die-Augen-sehen“ kommt als weitere Verpflichtung, den Schweinen Bälle und anderes Spielzeug zur Verfügung zu stellen. So werden aus-

landwirtschaftlichen Betrieben echte Schweinehotels. Uwe Schummer, Bundestagskandidat der CDU im Kreis Viersen: „Unsere Landwirtschaft ist eng verwurzelt in der Region und eng verbunden mit den Menschen. Verbraucherschutz ja, aber solch ein Bürokratismus ist eine weltweit einzigartige Witznummer.“



Bayerische Verhältnisse im Kreis Viersen sichern

Von Uwe Schummer

Schröders Bündnis für Arbeit ist krachend gegen die Wand gefahren. Statt weniger Arbeitslose gibt es heute mehr Arbeitslose, statt weniger Steuern höhere Steuern und Abgaben. Das trifft auch den Kreis Viersen, der bei den Arbeitsmarktdaten fast bayerische Verhältnisse hat.

So ist die Arbeitslosigkeit bei uns mehr als drei Prozent unterhalb der nordrhein-westfälischen Quote. Das liegt an einer gesunden mittelständischen Wirtschaftsstruktur und einer vorausschauenden Planung bei den Gewerbegebieten. Hinzu kommt eine gute Verkehrsinfrastruktur. High-Tech-Firmen, klassisches Handwerk, Dienstleistungen, Landwirtschaft und Tourismus verbinden sich zu einem soliden Miteinander. Das hat auch etwas damit zu tun, dass fast alle Stadt- und Gemeindeverbände klare CDU-Mehrheiten haben. In den kommunalen Parlamenten herrscht keine Ideologie, sondern der gesunde Menschenverstand.

Doch auch die beste kommunale Wirtschaftsförderung kann nicht auffangen, was in Berlin schiefläuft. Zusätzliche Bürokratie, „Öko“-Steuern und mittelstandsfeindliche Entscheidungen vernichten oder verhindern Arbeitsplätze. Stattdessen Prestigeprojekte, wie der Metrorapid, der auf Jahre einen Großteil der Mittel für den Personennahverkehr bindet, von den Menschen im Kreis Viersen mitfinanziert werden soll und der im Ergebnis die Zeit von Düsseldorf nach Dortmund um etwa acht Minuten verkürzt. Ein Milliardengrab.

Beim „Eisernen Rhein“ dagegen weigert sich Rot-Grün, neben der historischen und völlig maroden Eisenbahntrasse Alternativen zu prüfen oder zumindest Geld für einen umfassenden Lärmschutz



www.uwe-schummer.de
Tel. (02 16 2) 2 90 11

Uwe Schummer, Bundestagskandidat der CDU im Kreis Viersen, ist 1957 im australischen Adelaide geboren. Seit 1960 lebt der frühere Leistungssportler (400-m-Lauf) in Willich-Neersen. Als gelernter Kaufmann im Groß- und Außenhandel arbeitete Schummer bei den Stadtwerken Willich GmbH. Seinen Wehrdienst leistete er bei der Sportförderkompanie in Warendorf. Von da ging es zur Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Westdeutschlands (KAB) nach Köln.

Ein Dauersprinter in der Politik

Sein Leitmotiv: „Wirtschaft und Soziales bedingen einander. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind keine Gegner, sondern eine Schicksalsgemeinschaft. Keiner kann ohne den anderen ...“ Als Verbandsredakteur der KAB holte ihn Norbert Blüm nach Bonn in den Deutschen Bundestag. Seit 1998 ist das Mitglied der Bundespressekonferenz e. V. Geschäftsführer der CDA Deutschlands. Ehrenamtlich führte Uwe Schummer den KAB-Diözesanverband Köln. Kardinal Meisner berief ihn in den Diözesansteuerrat des Erzbistums. Die Beschäftigten der CDA wählten ihn 1992 zum Betriebsratsvorsitzenden. Mit Uwe Schummer hat die CDU Viersen einen Bundestagskandidaten, der für das „C“ in der Union steht, der die Menschen kennt, die Medien und der im Deutschen Bundestag schon heute beste Kontakte hat. Sein Wunsch: „Von den Menschen im Kreis Viersen direkt gewählt zu werden, das macht einen echten Volksvertreter aus. Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.“

50+ Stunden unterwegs für den Kreis Viersen: Der CDU-Bundestagskandidat Uwe Schummer, oben mit dem Willicher Bürgermeister Josef Heyes bei einem Investorengespräch. Links mit der Viersener Bürgermeisterin Marina Hammes und dem Team der CDU-Kreisgeschäftsstelle, rechts mit der Kempener CDU-Vorsitzenden Karola Vogel.

bereitzustellen. Die SPD im Kreis Viersen, von allen guten Geistern verlassen, will diese Gelder aus dem kommunalen Haushalt nehmen. Als Verursacher sind der Bundesverkehrsminister und die Deutsche Bahn gefordert. Sie dürfen sich nicht aus der Verantwortung stellen. Der Transrapid ist eine Alternative zum Flugzeug und kein Bummelzug. Eine Trasse Bonn-Berlin hätte

sich bis heute mehr als bezahlt gemacht. Eine europäische Lösung zwischen Amsterdam, Düsseldorf, Hannover, Berlin und Warschau wäre innovativ und spannend. Die nun diskutierte und überbeuerte Nahverkehrsvariante aber schadet dem ländlichen Raum und wird auf Dauer wichtige Gelder für den Regionalverkehr in die Städte lenken. Eine Ohrfeige für die Men-

schen in unserer Region. Wir brauchen eine Offensive für Klein- und Mittelbetriebe. Sozialdemokratischer Zentralismus und Schröders ruhige Hand haben genug angerichtet. Wer im Kreis Viersen wirtschaftlich und sozial gute Verhältnisse sichern will, der braucht in Berlin den Wechsel: von Schröders Mundwerk zu Stoibers Handwerk.

Tradition und Offenheit

Berlin sieht oft nur die großen Zentren. Doch die Zukunft wächst in den Regionen mit kleinen und mittelständischen Betrieben. Das verbindet den Niederrhein mit Bayern und Baden-Württemberg: wir sind Aufsteiger-Regionen.

Meine Ziele sind klar:

- Mehr Netto, weniger Steuern und Abgaben. Eine durchgreifende Steuerreform muss die Familien, die kleinen und mittelständischen Betriebe im Blick haben. Das schafft und sichert Arbeitsplätze und die Voraussetzung für ...
- ... mehrjährige moderate Tarifvereinbarungen, so dass die Arbeitskosten in Schach gehalten werden. Dies schafft Arbeitsplätze.
- Über ein Familiengeld sollen Familien und allein Erziehende gestärkt, der Kreis und die Kommunen bei der Sozialhilfe entlastet werden. Die Finanzierung ist durch Haushaltsumschichtungen im Bund möglich.

Für den Kreis Viersen ist mir wichtig, dass

- die Straßenverkehrsverbindungen weiter verbessert werden. Dazu gehört der Ausbau der A 52 und der A 61 und der Lückenschluss zwischen A 74 und A 61. Mit dem europäischen Gewerbegebiet Venete (Venlo-Nettetal) entwickelt sich im Kreis Viersen ein Modell. Die bisherige Autobahnauffahrt Leutherstraße muss erhalten bleiben. Beim Ausbau des Neersener Kreuzes muss der Verkehr weiter über die Autobahn gelenkt werden.
- Die Verlängerung der Regio-Bahn Mettmann-Kaarst und ein aufeinander abgestimmter Verbund von Auto, Bahn und Bus bis hin zum Fahrrad ist mein Ziel.
- In den Kommunen brauchen wir mehr freiwillige Tageseinrichtungen für Kinder und Schüler. Kindergärten, Jugendfreizeitheime, Altagsstätten und auch Schulen sollten stärker als bisher zu Treffpunkten der Generationen werden. Wir brauchen mehr Miteinander in einer familiären Gemeinde.

50 + ~~0~~ Gründe für ein

Von Uwe Schummer

Schröders Ausfälle gegen Stoiber zeigen Nervosität und ein schlechtes Gewissen. Wer im letzten Wahlkampf fast alles versprach, um gewählt zu werden und dann als Kanzler alles brach, der hat ein Problem. So ist die Schröder-SPD wie Richard Kimble auf der Flucht vor den Sachthemen. Die Polemik gegen den Herausforderer soll überdecken, was an Substanz fehlt. Heute gleicht die Schröder-Politik einer Airline: Bildungspolitik im Blindflug, Wirtschaft im Sturzflug, Arbeitslosigkeit im Höhenflug, Rente im Tiefflug und die Minister im Abflug.

I An der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wollte sich Schröder als Wahlkämpfer messen lassen. Schröder und Lafontaine versprachen im Wahlkampf eine Million Arbeitslose weniger. Dieses Ziel wurde auf 3,5 Millionen relativiert. Trotz einer Entlastung von über 700 000 Arbeitnehmern aufgrund der geburtschwachen Jahrgänge, die seit 1999 eine Arbeit suchen, ist die Arbeitslosigkeit auf 4,3 Millionen gestiegen.

II Ohne die demografische Entwicklung würde die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf fünf Mio. steigen. Noch im letzten Amtsjahr der CDU-geführten Bundesregierung sank die Arbeitslosigkeit dagegen um mehr als 400 000. Nun fängt Schröder an zu täuschen. Er nennt die letzte Januarzahl der Regierung Kohl und versucht, dessen Aufschwung und positive Arbeitsmarktbilanz für sich zu beanspruchen. Schröder schmückt sich mit Kohls Federn.

III Wirtschaftsminister Müller, zuständig für schlechte Zahlen und gute Laune im Februar 2002: „Unsere Arbeitslosenquote wäre um 1,5 Prozentpunkt niedriger, wenn so viele Menschen bei uns im Gefängnis säßen wie in den USA.“ So werden die Leidtragenden der Schröder-Politik auch noch verhöhnt.

IV Das wirtschaftliche Wachstum lag 1991 bei 0,6 Prozent. Dies war das schwächste Wachstum seit acht Jahren. Damit sind wir Schlusslicht im Vergleich zu allen anderen europäischen Ländern. Im letzten Kohl-Jahr gab es noch ein kräftiges wirtschaftliches Wachstum.

V Zwei Jahre lebte die Schröder-Regierung von den Früchten der Vorgänger-Regierung. Heute, wo die eigene politische Saat aufgehen müsste, erleben wir den größten wirtschaftlichen Einbruch seit 1973. Eine Entwicklung, die lange vor dem 11. September 2001 begann. Die Wirtschaftslokomotive Deutschland wurde zum Schlafwagen Europas.

VI In den ostdeutschen Ländern, die Schröder zur „Chefsache“ erklärt hat, gibt es heute über 150 000 Arbeitslose mehr als bei seinem Amtsantritt. Die neuen Bundesländer holen nicht mehr auf, sie erleben einen wirtschaftlichen Schrumpfungsprozess mit 0,6 Prozent Minus im letzten Jahr.

Staatliche Preistreiberei

VII Schröder steht für mehr Belastungen der Bürger/-innen. Allein im laufenden Jahr werden sie mit über zehn Mrd. Euro zur Kasse gebeten. Sechs Mrd. durch die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, fast vier Mrd. durch die vierte Stufe der Ökosteuern, die insgesamt mit 15 Mrd. Euro zu Buche schlagen.

VIII Hinzu kommt die Erhöhung der Tabak- und der Versicherungssteuer. Heute zahlen die Bürger/-innen fast 25 Mrd. Euro mehr Steuern und Abgaben als 1998.

IX Die Reallöhne der Arbeitnehmer/-innen sinken seit 2000 immer stärker. Die Gewerkschaften stehen in der Lohnpolitik mit dem Rücken an der Wand. Fordern sie zu wenig, verlieren die Arbeitnehmer wei-

ter an Kaufkraft, fordern sie zu viel, steigt die Arbeitslosigkeit. Hier müsste, durch ein Bündel an Maßnahmen gegengesteuert werden.

X In den Achtzigerjahren hat die Union durch eine durchgreifende Steuerreform, kombiniert mit mehrjährigen moderaten Tarifverträgen, drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. 1989 hatte die Bundesrepublik den höchsten Beschäftigungsstand. Dies war eine wichtige Voraussetzung, um die deutsche Einheit zu schultern. In dieser Dekade hatte die Bundesrepublik eine Zuwanderung von 2,8 Millionen und geburtenstarke Jahrgänge, die in den Arbeitsmarkt integriert werden mussten.

XI Nach einer Studie der Universität Mannheim ist der Standort Deutschland durch die rot-grüne Steuerpolitik weit zurückgefallen. Mit einer Steuerbelastung von 30,1 Prozent des Jahresgewinns liegt Deutschland weit hinter Irland, Großbritannien und den Niederlanden im hinteren Mittelfeld.

XII Die Neuverschuldung lag 1998 in Deutschland bei 1,5 Prozent. Folglich nur halb so hoch wie die Stabilitätskriterien der Europäischen Zentralbank vorschreiben. Nun droht die Neuverschuldung drei Prozent zu überschreiten. Deutschland hat mit 2,7 Prozent die höchste Neuverschuldung Europas.

XIII Schon fordern Sozialdemokraten die Aufweichung der von Theo Waigel durchgesetzten Stabilitätskriterien für den Euro. Statt Besserung soll das Schlechte zur Regel gemacht werden. Der diesjährige Bundeshaushalt ist schon Makulatur. Mit Tricks soll das Überschreiten der drei Prozent vertuscht werden. So werden Militär- und Verkehrsinvestitionen geplant, ohne die notwendigen Haushaltsmittel auszuweisen.

Stabilitätskriterien werden aufgeweicht

XIV Um einen „blauen Brief“ von der EU zu verhindern, legte sich Schröder mit der EU an und unterstellte „politische Gründe“. Dabei war es die alte deutsche Bundesregierung, die auf ein „Frühwarnsystem“ drängte, um die Stabilität des Euro zu sichern. Schon

reden unsere europäischen Nachbarn von der „deutschen Krankheit“.

XV Allein die Steuererhöhungen des neuen Jahres verstärken die Inflation um 0,5 Prozent. Damit wird die Bundespolitik zum Treibsatz für die Inflation. Ein Prozent Inflation sind 15 Mrd. Euro weniger in den Taschen der Verbraucher/-innen. Inflation ist eine Strafsteuer für Familien und Arbeitnehmer, die keine großen Vermögenswerte haben. Mit 2,5 Prozent hatte Deutschland die höchste Inflationsrate seit sieben Jahren, als der wirtschaftliche Aufbau der neuen Bundesländer noch am Anfang stand.

XVI Mit der Euro-Einführung sollten keine versteckten Preiserhöhungen einhergehen. Die Wirtschaft hielt sich weitgehend an dieses Versprechen. Anders die Deutsche Bahn, sie erhöhte die Tarife für den Regionalverkehr bis zu fünf Prozent. Das Wochenendticket sogar um 30 Prozent. Seit die Deutsche Bahn von den Sozialdemokraten Bodewig und Mehdorn geführt wird, wurden Reformen ausgesetzt, Massenentlassungen angekündigt und massive Tariferhöhungen vorgenommen.

XVII Die Schröder-Politik ist verkehrsfreundlich. Alle Verkehrsteilnehmer zahlen jährlich etwa 40 Mrd. Euro an Steuern und Gebühren. Im Gegenzug werden nur 20 Mrd. Euro investiert. Von dieser Investitionsschwäche sind Autofahrer und Bahnfahrer gleichermaßen betroffen.

XVIII „Benzin sechs Pfennig teurer, das ist das Ende der Fahnenstange“, versprach Schröder am 6. September in der Bild am Sonntag. Bis heute ist der Benzinpreis aufgrund von „Öko“-Steuern und Mehrwertsteuern um 28 Pfennig gestiegen. 2003 sollen weitere sieben Pfennig (2,56 Cent) hinzukommen.

XIX Die streckenbezogene Lkw-Gebühr war von der Union gedacht, um den europäischen Transitverkehr durch Deutschland an den Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur zu beteiligen. Nun sollen die Einnahmen nicht mehr zweckgebunden für die Verkehrsinfrastruktur genutzt werden, sondern dem allgemeinen Steuerhaushalt zufließen.

XX Die vorgesehene Entlastung bei den deutschen Speditionen, um deren Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich mit der europäischen Konkurrenz zu sichern, soll entfallen. So werden über 100 000 Arbeitsplätze im Speditions-wesen bedroht.

Umverteilung von unten nach oben

XXI Eichels Sparkurs konzentriert sich weitgehend auf höhere Steuern und Umschichtungen zu Lasten der Länder und Kommunen. So gibt es bei der Gewerbesteuer bis zu 70 Prozent weniger Einnahmen. Das Finanzdefizit wird sich in die-

XXIII So tendieren die Steuereinnahmen von Kapitalgesellschaften gegen Null, während sich die Steuerlastquote von Arbeitnehmern und Personengesellschaften faktisch erhöht hat. Dies ist Schröders Umverteilung von unten nach oben. Den Kleinen nehmen, um es den Großen zu geben, die sich mit Massenentlassungen hierfür „bedanken“.

XXIV 2001 war ein Rekordjahr der Konkurse. Sie stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 18 Prozent. 49 500 Unternehmen mussten schließen. Die Ursachen sind hausgemacht. Betroffenen waren vor allem kleine und mittlere Personenun-



Schröders Verfallsdatum: Bundestagswahl am 22. September Foto: Glaser

sem Jahr, durch Schröders Steuer- und Wirtschaftspolitik, auf zehn Milliarden Euro erhöhen. Was halten Sie von Menschen, die zu Lasten ihrer Nachbarn neue Möbel bestellen?

ternehmen. Gründe sind die hohe Ertragsteuerbelastung, mangelnde Liquidität und die Ökosteuer bei energieintensiven Kleinunternehmen wie Speditionen.

Rot-Grün privilegiert im Steuerrecht die großen Kapitalgesellschaften und diskriminiert Arbeitnehmer, den Mittelstand, das Handwerk, Freiberufler und die Personengesellschaften. Große Kapitalgesellschaften zahlen bei der Ertragsteuer 38 Prozent, kleine Personennunternehmen 48 Prozent. Obwohl diese drei Viertel aller Arbeits- und Ausbildungsplätze stellen.

Bündnis für Rhetorik

XXV In diesem Jahr wird eine weitere Steigerung der Insolvenzen auf 50 000 Unternehmen erwartet. Mehr als 500 000 Arbeitsplätze sind konkursbedroht. Schröder „rettet“ vor laufenden Kameras ein Unternehmen und Tausende sterben lautlos.

en Wechsel in Berlin

XXVI
Im diesjährigen Bundeshaushalt liegt die Investitionsquote mit 10,1 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik. Die höchste Investitionsquote im Vergleich zum Bund und zu den westdeutschen Ländern hat Bayern mit fast 17 Prozent, die niedrigste das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen mit 9,5 Prozent.

XXVII
Hunderttausend Arbeitslose kosten zwei Mrd. Euro an Leistungsausgaben und entfallenen Steuern und Beiträgen. Bei vier Mio. Arbeitslosen liegt der finanzielle Gesamtaufwand bei fast 90 Mrd. Euro. Die Schröder-Krise führt

1. Mai 1999 versprach der Regierende den Gewerkschaften eine Offensive für den Investivlohn. Bis heute spielt dieses Zukunftsthema in der Bundespolitik, in der Tarifpolitik und bei den Gesprächen über ein Bündnis für Arbeit keine Rolle. Dabei könnte der Beteiligungslohn der Schlüssel für eine moderne Tarifpolitik sein, die Einkommen und Beschäftigung verbindet.

XXV
Trotz „Ausbildungsgarantie“ und Sonderprogramm liegt die Arbeitslosigkeit bei den unter 25-Jährigen in den ostdeutschen Ländern bei 16 Prozent, in den westdeutschen Ländern liegt die Jugendarbeitslo-

sigkeit bei 8,5 Prozent. Sie stieg von 481 000 auf 503 000 in diesem Jahr.

XXVIII
Die gleiche Ministerin saß bereits am Kabinetttisch des Ministerpräsidenten Schröder. Bleibende „Leistung“ war die Schließung einer IT-Fakultät in Niedersachsen, um kurzfristig Geld einzusparen. Als Bundeskanzler führte Schröder für IT-Spezialisten die Green Card ein, da nicht mehr genügend Nachwuchs in Deutschland herangebildet wurde. Ursache und Wirkung haben einen Namen: Schröder.

XXIV
Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) muss grundlegend reformiert werden. Von 93 000 Beschäftigten sind nur 8 500 Mitarbeiter/-innen für die Vermittlung von Arbeitslosen tätig. Ein Vermittler betreut 600 Arbeitslose. Zu viel Verwaltung und zu wenig Vermittlung. Mit Statistik-Tricks wurde die Arbeitslosenstatistik geschönt.

XXV
Es wurden von der BA, die Bundesarbeitsminister Riester unterstellt ist, Arbeitslose angeschrieben, die älter als 58 Jahre sind. Sie sollten erklären, ob sie eine Vermittlung wollen. Dies habe keine Auswirkung auf den Weiterbezug des Arbeitslosengeldes. 100 000 Arbeitslose werden von dieser Regierung einfach ausgeblendet und fallen so aus der Statistik.

XXVI
Rot-Grün spart, wo es gefährlich ist: bei der inneren Sicherheit. Beim Bund wurden in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2005 über neun Mrd. Euro eingespart. Ähnlich handelt Rot-Grün in den Ländern. So wurden allein in Nordrhein-Westfalen sei 1992 fast 7 000 Polizeistellen abgebaut. Noch im letzten Jahr sind weitere 1 500 Stellen gestrichen worden. Jährlich fallen allein im nordrhein-westfälischen Wachdienst sieben Millionen Überstunden an. Die Union forderte schon vor dem 11. September 2001 eine bessere Ausstattung von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr. Erst durch die Terroranschläge ist die jetzige Bundesregierung aufgewacht.

XXVII
In einem Sicherheitspaket erfuhr die Bundeswehr eine finanzielle Besserstellung von 1,5 Mrd. Euro, die jedoch durch Steuererhöhungen gegenfinan-

ziert wurden, die mehr als vier Mrd. Euro ausmachen. Im Schatten der Terroranschläge treibt die Bundespolitik die Steuer- und Abgabenschraube weiter nach oben.

Familien haben Besseres verdient

XXVIII
Eine spürbare Familienförderung versprach der wahlkämpfende Schröder. Eine minimale Verbesserung um 15 Euro monatlich folgte in diesem Jahr. Dieser Betrag wird durch Steuern, Beiträge und Inflation aufgeessen. Die Familien haben heute nicht mehr, sondern weniger Kaufkraft als unter der Regierung Kohl.

XXIX
Seit Schröder regiert, haben die Renten ständig an Wert verloren. Zunächst durch eine Inflationsanpassung, die mit 0,6 Prozent weit unter der damaligen Inflationsrate von 1,9 Prozent lag. Im letzten Jahr lag die Rentenanpassung 0,5 Prozent unter der Inflationsrate von 2,5 Prozent und auch in diesem Jahr sieht es nach einem weiteren Kaufkraftverlust aus.

XL
Hinzu kommen willkürliche Kürzungen der Bestandsrenten um vier Prozentpunkte, die nach der Riester-Reform beschlossen wurden. Ab 2003 werden außerdem obligatorisch vier Prozentpunkte vom Netto bei der Rentenanpassung abgezogen. Damit sollen die Ausgaben für die zusätzliche private Rentenversicherung in die Rentenberechnung einfließen. Dabei werden die bestraft, die nicht genügend Einkommen haben, um eine zusätzliche Privatrente abzuschließen. Die Verkäuferin finanziert mit Rentenverlust die Privatrente ihres Abteilungsleiters. Das ist Solidarität paradox.

XLI
Riesters Rentenreform ist heute schon Makulatur. Nur durch die Plünderung der Rücklagen konnte ein Beitragsanstieg vor der Bundestagswahl verhindert werden. Und dies, obwohl die Bundesbürger mit 15 Mrd. Euro zusätzliches Geld an die Rentenkasse abgeben.

XLII
Riesters Rentenzahlen sind eine arglistige Täuschung. Das Rentenniveau eines Rentners mit 45 Jahren Durchschnittseinkommen und entsprechender Bei-

tragsleistung soll langfristig bei 67 Prozent liegen. Durch die neue Nettoberechnung und die obligatorische Berücksichtigung eines vierprozentigen Beitrages für die zusätzliche Privatrente sind es 64 Prozent.

XLIII
Mit einem Familiengeld von 600 Euro monatlich will die Union eine familienpolitische Offensive starten. Nach dem Familiengeld, das in den ersten drei Jahren der Kindererziehung gezahlt werden soll, schließt sich ein Kindergeld von 300 Euro an. Dies soll durch Umschichtungen im Haushalt finanziert werden.

XLIV
Neben der finanziellen Förderung stehen eine kinderfreundliche Arbeitswelt, Betreuungseinrichtungen und weitere unterstützende Maßnahmen im familienpolitischen Programm. Mit diesem Gesamtpaket knüpft die Union an ihre familienpolitischen Erfolge der Achtzigerjahre an. Das Paket soll innerhalb von fünf Jahren unter einer unionsgeführten Bundesregierung umgesetzt werden.

XLV
Die SPD mutierte zur „Schröder-Partei Deutschlands“, die ihre sozialdemokratischen Wurzeln verdrängt, um sich als Kanzler-Combo zu profilieren. Eine Politik, die ihre Grundsätze verliert und Demokratie durch Demoskopie ersetzt, gibt weder Halt noch Perspektive.

XLVI
Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl standen die deutschen Kanzler für übergeordnete Ziele: Westintegration, Aussöhnung, Europäische Union, Ostpolitik und deutsche Einheit. Niemand weiß, für welches Ziel die Schröder-Politik steht.

Von „Mundwerk Schröder“ zum „Handwerk Stoiber“

XLVII
Die wirtschaftlich und sozial stärksten Länder sind in Westdeutschland Bayern und Baden-Württemberg, in Ostdeutschland Sachsen und Thüringen. Alle Bundesländer werden seit vielen Jahren von der Union regiert. Die schlechtesten Lebensverhältnisse sind in Bremen und Nordrhein-Westfalen, in den neuen Bundesländern sind Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt die Schlusslichter. Überall,

wo die SPD, teilweise mit der PDS, regiert, geht es wirtschaftlich und sozial bergab.

XLVIII
Edmund Stoiber hält, was Gerhard Schröder verspricht, aber nicht halten kann. Bayern hat einen erfolgreichen Beschäftigungspakt zwischen den Tarifparteien. Hierüber wurden über 200 000 Arbeits- und Ausbildungsplätze zusätzlich geschaffen und gesichert.

XLIX
Würde die bayerische Arbeitslosenquote auf den Bund übertragen, dann hätten wir fast zwei Millionen Arbeitslose weniger. Rot-Grün würde einen Feiertag ausrufen.

Kumpanei zwischen SPD und PDS

L
Seit 1991 liegt das bayerische Wirtschaftswachstum um 1,6 Prozent deutlich über dem Wachstum im übrigen Deutschland. Wer das bayerische Bruttoinlandsprodukt auf die Bevölkerungszahl herunterrechnet, findet weltweit nur noch zwei Länder, die wirtschaftlich stärker sind als Bayern: die USA und Luxemburg. Japan und Deutschland würde Bayern mühelos überholen.

II
Mit Wissen der SPD-Führung wurde die große Koalition in Berlin zu Gunsten einer SPD/PDS-Zusammenarbeit aufgekündigt. Berlin als Feldversuch für neue politische Konstellationen. Als erste Maßnahme wurde die Universitätsklinik „Benjamin Franklin“ heruntergestuft. Statt mehr weniger Innovation und Forschung. Betriebe, die sich um die Forschungseinrichtung in Berlin angesiedelt haben, werden vertrieben, die Aids-Forschung beeinträchtigt.

III
„Wenn es uns nicht gelingt, die Arbeitslosigkeit in den ersten Jahren massiv zu senken, wir hätten es nicht verdient, wieder gewählt zu werden ... Ich habe nichts versprochen, was ich nicht halten werde. Mein Wort gilt“, so Gerhard Schröder am 4. Oktober in der Bild am Sonntag. Nehmen wir ihn beim Wort.



zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und zum finanziellen Kollaps. Menschlich und finanziell sinnvoller wäre, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

XXVIII
Schröders Bündnis für Arbeit ist gescheitert. Von Innovation und mehr Beschäftigung keine Spur. Medienspektakel statt Problemlösung. Mit diesem Bündnis für Rhetorik werden die Arbeitslosen und die von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen im Stich gelassen.

XXIX
Das von der Kohl-Regierung durchgesetzte Vermögensbeteiligungsge-
setz liegt auf Eis. Noch am

sigkeit bei 8,5 Prozent. Sie stieg von 481 000 auf 503 000 in diesem Jahr.

XXXI
Ein Grund, weshalb junge Menschen wieder verstärkt von Ost nach West ziehen, was sich in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg besonders nachteilig auswirkt.

XXXII
Bildungsministerin Bulmahn gibt 25 Mio. Euro aus dem Bildungsetat, um 14 Wissenschaftler aus dem Ausland nach Deutschland zu holen. Statt durch eine Bildungsoffensive, die im Wahlkampf versprochen wurde, in Deutschland den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern,

Fakten zur Betriebsratswahl

Seit Mitte Dezember 2001 gilt die neue Wahlordnung zum Betriebsverfassungsgesetz. Das Wichtigste auf einem Blick. Weitere Informationen finden Sie im Internet auf der Homepage www.cda-bund.de. Oder schreiben Sie uns: CDA Deutschlands, Oranienburger Straße 65 in 10117 Berlin.

Haben Gewerkschaften das Recht, im Wahlvorstand vertreten zu sein?

Ja! Das ergibt sich aus § 16 BetrVG in Verbindung mit § 1 der WO. Die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften haben das Recht, einen/eine Vertreter/-in – ohne Stimmrecht – in den Wahlvorstand zu entsenden, wenn sie bei Bestellung des Wahlvorstandes nicht berücksichtigt wurden. Die Entsendung ist gegenüber dem Wahlvorstand zu erklären!

Das entsandte Wahlvorstandsmitglied erhält nicht den besonderen Kündigungsschutz und den umfassenden Freistellungsanspruch.

Können Mitglieder des Wahlvorstandes für den Betriebsrat kandidieren?

Das grundgesetzlich geschützte Recht auf Kandidatur kann nicht aufgehoben werden.

Wann beginnt der Kündigungsschutz für Wahlvorstände/Wahlbewerber?

Der besondere Kündigungsschutz beginnt mit der Einleitung der Betriebsratswahl, also mit dem Tag der Berufung des Wahlvorstandes.

Kann eine Wahlbewerbung zurückgezogen werden?

Nach Einreichung der Vorschlagsliste nicht mehr. Der/die Wahlbewerber/-in kann nur nach erfolgter Wahl erklären, dass er/sie die Wahl nicht annimmt.

Wie stellt man die Geschlechterquote fest?

Der Wahlvorstand ist gehalten, anhand der Beschäftigtenzahlen inklusive der Leiharbeiter festzustellen, wie viele Beschäftigte welchem Geschlecht angehören. Danach hat er auf der Grundlage dieser Zahlen die

Zahl der auf die jeweilige Gruppe entfallenden zu wählenden BR-Mitglieder und damit die Zahl der BR-Mitglieder des Minderheitsgeschlechtes zu errechnen.

Wahlrecht von Leiharbeitnehmern?

Die Leiharbeiter haben aktives Wahlrecht, sofern sie länger als drei Monate im Betrieb eingesetzt sind.

Wie/wo ist das Wahlausschreiben zu veröffentlichen?

Wahlausschreiben sind auf den betriebsüblichen „schwarzen Brettern“ zu veröffentlichen. Sie können auch über das betriebsinterne Net (Intranet) veröffentlicht werden, wenn sichergestellt ist, dass alle im Betrieb Beschäftigten (einschließlich der Leiharbeiter) die Möglichkeit haben, dort einzusehen. Auch dann muss am „schwarzen Brett“ ein Hinweis erfolgen, wo im Net das Wahlausschreiben zu finden ist.

Was ist bei der Einreichung der Liste zu beachten?

Die Liste muss ein zusammenhängendes Dokument sein. Bei der Einreichung muss der Wahlvorstand dem Einreicher schriftlich den Eingang bestätigen. Die Einreichungsfrist beginnt mit dem Tag des Aushangs des Wahlausschreibens.

Ist Briefwahl möglich?

Ja! Die Briefwahlunterlagen werden den Wahlberechtigten auf Antrag zugestellt.

Wie wird ausgezählt?

Die Auszählung erfolgt öffentlich. Jeder hat das Recht, bei der Auszählung anwesend zu sein!

Wie lange sollen die BR-Wahlen dauern?

Sie lassen sich an einem Tag (24 Std.) durchführen, so dass auch Schichtarbeitende teilnehmen können. Gehen die Wahlen über mehrere Tage, dann ist besonders auf die Wahlurnen zu achten.

Wie wird das Minderheitsgeschlecht berücksichtigt?

Der Wahlvorstand stellt fest, wie viele Sitze auf welches Geschlecht entfallen. Diese Vorgaben müssen erfüllt werden.

Beispiel:

In einem Betriebsrat mit neun Mitgliedern wären drei Frauen zu wählen. Liste 1 hat zwei Frauen auf den ersten sechs Plätzen und zieht sechs Plätze; Liste 2, die drei Plätze zieht, hat keine Frau unter den ersten Plätzen. Es wird dann nachgesehen, ob Liste 2 auf den weiteren Plätzen eine Kandidatin aufweist. Wenn ja, kommt diese zum Zuge. Wenn nein, wird auf

der Liste 1 nachgesehen. Sollte dort noch eine Frau, egal auf welchem Platz, kandidiert haben, kommt diese zu Lasten der Liste 2 zum Zuge.

Freistellungen und Ausschussbesetzung?

Die getrennten Wahlen für Arbeiter und Angestellte sind weggefallen. Der Betriebsrat entscheidet nach der Wahl des Vorsitzenden und Stellvertreters nicht mehr nach dem Gruppenprinzip. Nach der Einreichung von Vorschlagslisten bei der Besetzung der Freistellungen und der Ausschüsse findet eine geheime Verhältniswahl statt. „Zählgemeinschaften“ sind fraktionsübergreifend möglich.

Wählt gute Betriebsräte

CDA



Wenn Sie nicht auf halbem Weg stehen bleiben wollen, kommen Sie zur SIGNAL IDUNA, eine der ersten Adressen für Versicherungen und Finanzen in Deutschland und Partner für alle Arbeitnehmer.

Sie sind zwischen 25 und 45 Jahre alt, verfügen über Berufserfahrung in Ihrem erlernten Beruf, Eigenmotivation, Kontaktfähigkeit, Fleiß und Durchsetzungsvermögen. Dann planen Sie Ihre weitere Karriere mit uns und starten als

Außendienstpartner (m/w)

Ihre Aufgaben sind Betreuung, Beratung und Ausbau des übertragenen Kundenbestandes.

Sie werden durch eine fundierte Einarbeitung in Theorie und Praxis auf Ihre neue Aufgabe als selbstständiger Unternehmer vorbereitet. Branchenfremde unterstützen wir bei der Qualifizierung zum Versicherungsfachmann bzw. zur Versicherungsfachfrau.

Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.

Rufen Sie uns an Telefon (02 31) 135 43 88 oder schreiben Sie uns

SIGNAL IDUNA Gruppe
Filialdirektion Dortmund
Herrn Thomas Herwig
maban - 91510
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund

SIGNAL IDUNA
Versicherungen und Finanzen



**Betriebs-
Information**

CDA-Verlagsgesellschaft mbH
Herausgeber: Hauptgeschäftsstelle
der Sozialausschüsse der Christlich-
Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA)
Oranienburger Straße 65 in 10117 Berlin
Redaktion: Uwe Schummer
Druck: Heider Druck GmbH
Bergisch Gladbach

www.signal-iduna.de